



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Departement für
Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
Generalsekretariat VBS
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Sicherheitspolitischer Bericht; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. April 2021 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zum neuen Sicherheitspolitischen Bericht Stellung zu nehmen. Gerne äussern wir uns wie folgt:

1. Grundsätzliche Bemerkungen

Im Bericht werden teilweise die Begriffe «Krise» und «Katastrophe» verwendet. Der Regierungsrat regt an, ausschliesslich die Terminologien «normale Lage», «besondere Lage» und «ausserordentliche Lage» zu verwenden, da diese eindeutig definiert sind.

2. Lage

Die aktuelle Lage ist aus Sicht des Regierungsrats umfassend und sauber aufgearbeitet.

Der Berichtsentwurf zeigt, dass künftig stärker auf den Bereich Cyber bzw. die Bedrohungslage aus dem Cyberraum fokussiert werden muss. Wie der Bund stehen auch Kantone und Gemeinden vor der gleichen Bedrohung, sodass eine enge digitale Verknüpfung der Staatsebenen grosse Vorteile mit sich bringt.

Zudem sind auch die bisherigen Themenfelder (Terrorismus, verbotener Nachrichtendienst, Proliferation) weiterhin aktuell. Der Regierungsrat teilt zudem die Ansicht, dass in den kommenden Jahren Strukturen aus dem Bereich der schweren Organisierten Kriminalität (Ndrangheta, Camorra, Cosa Nostra) versuchen werden, in der Schweiz Fuss zu fassen und diesem Aspekt Rechnung zu tragen ist.

3. Sicherheitspolitische Interessen und Ziele

Keine Bemerkungen

4. Umsetzung: Politikbereiche und Instrumente der Sicherheitspolitik

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass - getreu dem Sprichwort «eine Kette ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied» - auf allen föderativen Ebenen und dessen Lieferantenketten die Resilienz gegen Cyberrisiken verstärkt werden muss. Gerade kleine Kantone und Gemeinden verfügen nicht über die finanziellen und personellen Ressourcen wie sie bei der Bundesverwaltung eingesetzt werden können. Daher sind die kleinen Kantone und Gemeinden auf die Unterstützung eines starken Partners wie etwa das Nationale Zentrum für Cybersicherheit (NCSC) angewiesen. In diesem Sinn begrüsst der Regierungsrat die umfassenden zusätzlichen Anstrengungen im Bereich der Cybersicherheit bzw. zur Bekämpfung der Cyberkriminalität.

Der Regierungsrat sieht einige Massnahmen, die für den permanenten Aufbau einer resilienten Schweiz hilfreich sind:

- Die Einführung einer Meldepflicht von Cyberangriffen für kritische Infrastrukturen und öffentliche Verwaltungen.
- Ein Cockpit für Mitglieder der geschlossenen NCSC/MELANI-Gemeinschaft mit der stets aktuellen Bedrohungslage, ergänzt mit der bestehenden Alarmierung per E-Mail.
- Konsolidierung der (Bundes-)Kräfte im NCSC (z. B. SECO-ALV-CISO).
- Weiterentwicklung der Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken (NCS), wie bereits initialisiert.
- Gemeinsames eLearning-Tool IT-Sicherheit zur Sensibilisierung der Mitarbeitenden von Bund, Kantonen, Gemeinden und evtl. Bürger.
- Ausbildungsreihen für Informatik-Personal im Sicherheitsbereich.
- Unterstützung durch das NCSC zur Vorfallbewältigung:
Um allfällige Cyberincident-Aufgaben wahrzunehmen, braucht es tiefe Fachkompetenzen, Analyse- und Monitoring-Instrumente, eine gut funktionierende Organisation mit intensiver Zusammenarbeit mit relevanten Stellen. Diese Ressourcen fehlen in kleinen Organisationen grösstenteils. Für einen kleinen Kanton wie Uri wäre der Anschluss, die Teilnahme und Zusammenarbeit mit einem hoch professionellen «Security Operation Center» wünschenswert. Voraussetzung für einen Beitritt wäre der Aufbau eines Verbunds von wenigen SOC (Security Operation Center) in der Schweiz, die eine regionale Abdeckung kostengünstig sicherstellen können und wollen. Dieser Teil der Vorfallsbewältigung fehlt heute in weiten Bereichen der Kantone und der Wirtschaft und würde die gesamte Cyber-Resilienz der Schweiz mit Bestimmtheit markant erhöhen. An der Tagung des Sicherheitsverbunds Schweiz SVS vom März 2016 in Bern wurde ein entsprechendes

Modell durch den Kanton Waadt vorgestellt. Leider wurde die Idee bis heute nicht weiterverfolgt.

Der Regierungsrat begrüsst zudem ausdrücklich, dass die internationale Polizeizusammenarbeit weiterentwickelt und ausgebaut werden soll. Er erachtet es auch als richtig, dass die Bekämpfung von Terrorismus, gewalttätigem Extremismus und der schweren Organisierten Kriminalität eine Priorität bleiben soll. In diesen Bereichen sind die nachrichtendienstlichen Anstrengungen zu intensivieren. Der Regierungsrat begrüsst zudem, dass der internationale polizeiliche Informationsaustausch ausgeweitet wird, insbesondere mit der Umsetzung des Projekts «Passenger Name Record» sowie mit der Assoziierung der Prümer-Beschlüsse.

Zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Behörden und dem Krisenmanagement (Seite 40 des Entwurfs): Mit den Ausführungen bezüglich der zuständigen Stäbe innerhalb der Bundesverwaltung ist der Regierungsrat nicht einverstanden. Bei besonderen oder ausserordentlichen Lagen muss auf eintrainierte Strukturen zurückgegriffen werden - konkret den Bundesstab Bevölkerungsschutz. Der Regierungsrat erachtet es nicht als zielführend, wenn in solchen Situationen zunächst Stäbe neu zusammengestellt werden müssen. Selbstverständlich haben einzelne Departemente aufgrund der jeweiligen Lage Schlüsselfunktionen inne. Dieser kann durch den professionellen Stab jederzeit genügend Beachtung geschenkt werden. Die eigentliche Führung und Stabsarbeit ist jedoch den Profis zu überlassen und nicht einem Departement, das mit Fachfragen bereits stark belastet ist.

5. Fazit

Der Regierungsrat erachtet den Bericht, mit Ausnahme der oben erwähnten Bemerkungen, als gelungen und unterstützt die skizzierten Stossrichtungen.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 6. Juli 2021



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor


Urban Camenzind


Roman Balli